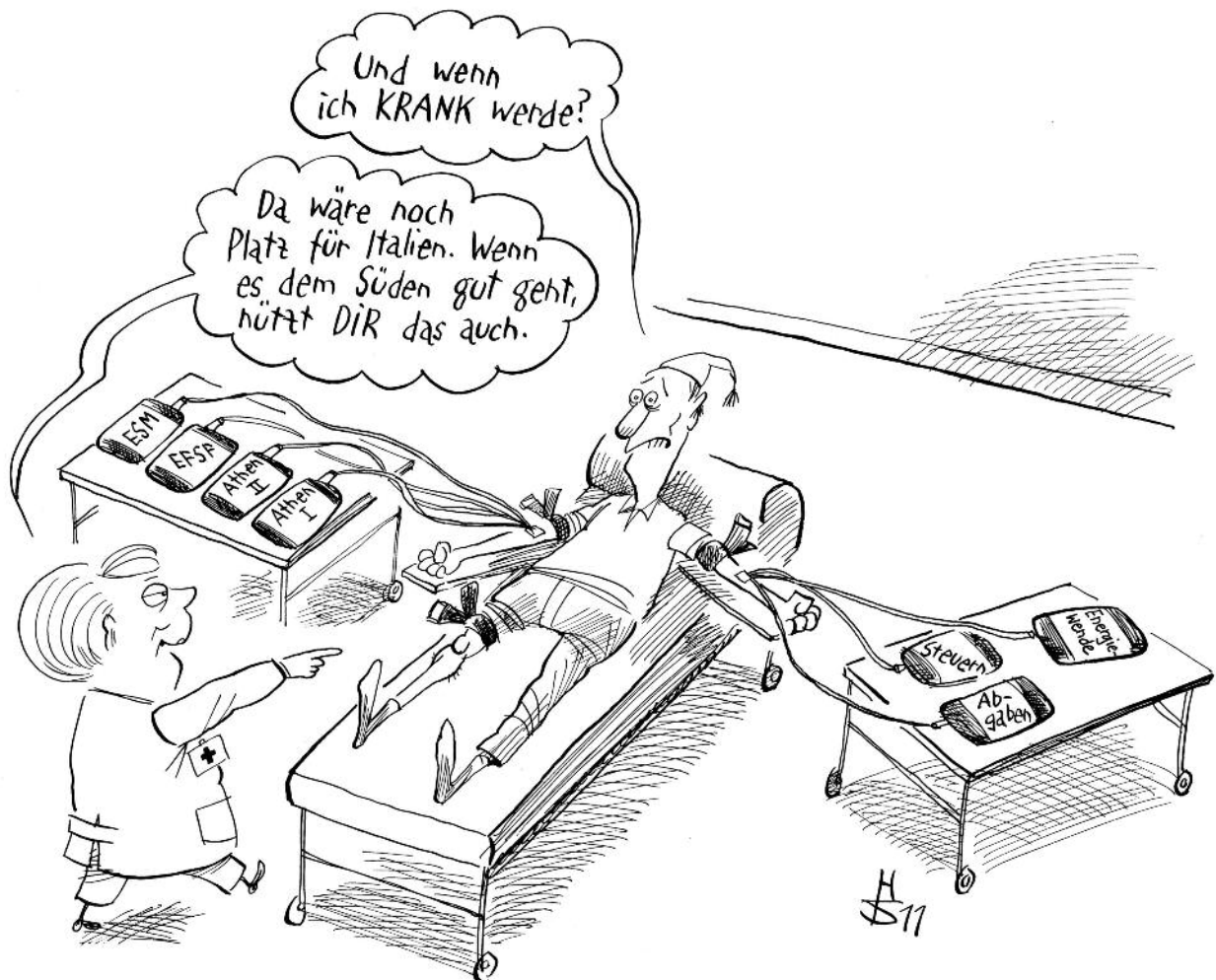


Marktwirtschaft.

ADERLASS



Zeichnung: Heiko Sakurai

02 Wirtschaftsregierung? Ja, aber richtig!
Editorial von Stiftungsvorstand Michael Eilfort

03 Kronberger Kreis mit neuem Gesicht
Lars P. Feld neuer Sprecher
Volker Wieland neues Mitglied

04 Generationenbilanz Update 2011
Pressegespräch und Presseresonanzen

05 Pflegeversicherung als Pflegefall
Tagung zur anstehenden Reform

06 Jahrestreffen in Kronberg
Diskussion mit Ministerpräsident Stefan Mappus

07 Netzausbau – Herausforderung und Chance
Tagung mit Ministerpräsident David McAllister

08 Zu guter Letzt: Zur Person
Jean-Claude Trichet • Andrus Ansip
Klaus Ernst • Frank Schirmmacher

Wirtschaftsregierung? Ja, aber richtig!

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Es gibt einen Traum von Europa: Gemeinsame Werte und Währung, Wettbewerb und Wohlstand ohne Grenzen. Die Esten passen auf den Haushalt auf, die Deutschen auf die Währung, die Dänen sind Beispiel für den Arbeitsmarkt, die Holländer für die Sozialversicherungen, Franzosen machen Außenpolitik und die Küche, Italiener Liebe und Kunst; Spanier, Portugiesen, Griechen und Iren leben nachhaltig auf.

Der Albtraum entwickelt sich so: Griechen definieren die Verschuldung, Italiener machen Währungs- und Franzosen „Ordnungs“-politik, auf Dänen, Holländer und Esten hört keiner, die Spanier spielen Fußball und die Deutschen zahlen.

Albtraum und Transferunion kommen näher, obwohl sich vieles so schön anhört: Wettbewerbspakt, Ertüchtigung, Governanceverbesserung, Beistandsmechanismus. Leider geht es meist nur um den kurzfristig bequemsten Weg. Am Ende stehen **Belastungen für den Steuerzahler bei weniger demokratischer Mitsprache.** Neue Institutionen und Schuldenvergemeinschaftung bedeuten eine Schwächung der Parlamente und nationalstaatlichen Souveränitätsverzicht ohne entsprechende Transparenz und Kontrolle im Exekutiv Europa.

Die europäische Einigung ist ein großer Erfolg und der **Euro hat viel Gutes bewirkt.** Beides muss **Herzensangelegenheit** bleiben. Richtig bleibt auch: Die gemeinsame Währung funktioniert auf Dauer nicht ohne Annäherung der beteiligten Länder in der Wirtschafts-, Sozial- und Haushaltspolitik. **Konvergenz ist notwendig** – man hätte schon mehr, wären die Maastricht-Kriterien eingehalten worden.

Im Sinne der Konvergenz **kann die angestrebte europäische Wirtschaftsregierung ein Fortschritt** sein. Kann: Wenn es nicht um einen dirigistisch-paternalistischen Staatsapparat geht, der Wirtschaft nur als notwendiges Übel zur Generierung von Steuereinnahmen begreift. Ein marktwirtschaftlicher Schiedsrichter, der Rahmen und auf Freiheit setzt, wäre dagegen ein Gewinn.

Den Verstand darf man bei europäischen Herzensangelegenheiten jedenfalls nicht ausschalten. Und der sagt: **Anreize können hilfreicher sein als nur immer neue Regeln und Institutionen.** Die Geschichte der Wirtschafts- und Währungsunion ist auch eine Chronik von Wortbrüchen.

Die verbalen Ehrenrunden („Ausnahme“, „strikt begrenzt“, „unter harten Bedingungen“), **mit denen unter Missachtung**

des Haftungsprinzips jeweils frische Rettungsgelder verschoben werden, ermüden, weil immer neu die Einhaltung von Regeln versprochen wird, um die sich schon vorher keiner geschert hat. Italien und Griechenland hätten in die Währungsunion nicht aufgenommen werden dürfen, Frankreich und Deutschland 2003 wegen mangelnder Haushaltsdisziplin bestraft werden müssen. Und im Lissabon-Vertrag ist klar geregelt, dass weder die EU noch die Mitgliedstaaten für die Verbindlichkeiten einzelner Länder haften – dachten wir, bis sich die Euro-Staaten auf ein Rettungspaket für Griechenland einigten. Nur eine einmalige Sache, und dafür würden jetzt Sanktionsautomatismen eingeführt, beruhigte man die Bürger – um auch diesen Gedanken nach kurzer Schamfrist wieder aufzugeben. Im Mai 2010 wurde der auf drei Jahre angelegte Rettungsschirm eingeführt. Er sollte Nothilfe sein und – versprochen! – keinesfalls erhöht oder verlängert werden. Genau das wurde im März 2011 beschlossen, aber „nur unter strikter Kontrolle“. Wenige Monate später schon hat sich der EFSF verselbständigt, will vorsorgend Kredite vergeben und Ramschanleihen kaufen. Was soll man noch glauben? Die ermutigende, jüngste Zusage der Bundesregierung, es werde nicht zu Eurobonds kommen?

So oder so: **Die steigende Verschuldung vieler EU-Staaten wird weder durch immer größere Schirme noch durch Eurobonds bekämpft werden können.** Sollten die schwachen Länder ihre öffentlichen Haushalte nicht konsolidieren und es in der Folge zu einer permanenten Alimentierung von finanzschwachen Staaten kommen, entstünde ein europäischer Finanzausgleich und würde Griechenland für Europa das, was das Saarland für Deutschland ist: Ein Nehmerland mit zu geringen Anreizen, seine Situation selbst zu verbessern und in der allzu sicheren Gewissheit, dass letztlich immer andere geradestehen. Die Folgen des schlechten Beispiels wären aber in Europa verheerender, spätestens **mit Eurobonds winkt die kollektive Pleite.**

Hilfreich wäre die Selbstbindung der EU-Staaten durch in den nationalen Verfassungen verankerte Schuldenbremsen, Spanien ist ein gutes Signal. Und dazu brauchen wir eine **Insolvenzordnung, Wettbewerb, Transparenz, Haftung und die Disziplin, Regeln zu beachten** und Beschlüsse auch einmal wirken zu lassen, helfen bei der Bewältigung der Schuldenkrise mehr als alles andere. Verantwortung übrigens auch. Die plötzliche Begeisterung für die „Vereinigten Staaten von Europa“ hat den Charakter einer Flucht: Über Jahrzehnte haben europäische Regierungen (die Bundesrepublik schaffte unabhängig von der Konjunktur seit 1967 keinen ausgeglichenen Haushalt!) uns eine dicke Schuldensuppe eingebrockt. Soll jetzt, wo diese unappetitlich aussieht, der Löffel etwa an die europäische Ebene weitergereicht werden? Das funktioniert nicht. Genauso wenig helfen Ideologie, Schönreden oder Voluntarismus. **Der Euro ist auch ein politisches Projekt, aber stabil und erhalten bleiben kann er nur als marktwirtschaftlich untermauerte Währung.**

Kronberger Kreis mit neuem Gesicht

Lars P. Feld ist neuer Sprecher und Volker Wieland neues Mitglied des wissenschaftlichen Beirats

Prof. Dr. Lars P. Feld tritt als Sprecher des Kronberger Kreises die Nachfolge von Prof. Dr. Johann Eekhoff an, der Ende 2010 nach 15 Jahren aus dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft ausgeschieden ist. Der 44-jährige Freiburger Finanzwissenschaftler Feld, der dem Kreis seit 2008 angehört, wurde von seinen Kollegen einstimmig zum neuen Sprecher gewählt. Der Kronberger Kreis ist 1982 auf Initiative von Prof. Dr. Wolfram Engels von namhaften Wirtschafts- und Juraprofessoren gegründet worden.

Der gebürtige Saarbrücker Feld ist seit 2010 Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Leiter des Walter Eucken Instituts. Zuvor lehrte er in Heidelberg und Marburg. Seine Forschungsergebnisse in den Bereichen Steuerwettbewerb, Staatsverschuldung und Föderalismus finden in der internationalen Fachwelt viel Beachtung. Der Politikberatung gilt seit jeher sein besonderes Interesse. So ist Feld seit 2003 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums der Finanzen. 2011 wurde er zudem zum Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ernannt, woraufhin ihn die Süddeutsche Zeitung als „Shooting-Star unter Deutschlands Topökonomern“ bezeichnete.

Feld nimmt die Ernennung zum Sprecher erfreut an: „Der Kronberger Kreis hat mit seinen Beiträgen die wirtschaftspolitische Diskussion in der Vergangenheit maßgeblich beein-



flusst. Diese marktwirtschaftliche Stimme wird in Deutschland auch in Zukunft benötigt. Deswegen wollen wir uns als Kronberger Kreis weiterhin mit ordnungspolitisch fundierten und zugleich praktisch umsetzbaren Politikvorschlägen einmischen.“



Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft wird seit Mai 2011 durch den international anerkannten Frankfurter Volkswirt Prof. Volker Wieland Ph.D. verstärkt. Der 45-Jährige promovierte 1995 an der renommierten Stanford Universität in Kalifornien zum Thema Geldpolitik und den Lernprozessen in der Entscheidungsfindung der Zentralbanken. Nachdem der aus Aalen in Baden-Württemberg stammende Wieland fünf Jahre bei der Zentralbank der Vereinigten Staaten in Washington DC geforscht hatte, nahm er einen Ruf an die Johann-Wolfgang-Goethe Universität in Frankfurt am Main an. Seit 2000 hat er dort den Lehrstuhl für Geldtheorie und -politik inne und forscht am universitätseigenen Institut für Geld- und Finanzstabilität.

„Wir freuen uns sehr, dass wir Volker Wieland für den Kronberger Kreis gewinnen konnten“, so Prof. Dr. Lars P. Feld, Sprecher des Kronberger Kreises. „Mit seiner Expertise wird er unsere Arbeit insbesondere auf den Gebieten der Geldpolitik und der Finanzmarktanalyse bereichern.“ Der Makroökonom verfügt neben wissenschaftlichen Publikationen in führenden internationalen Fachzeitschriften zugleich über ausge-

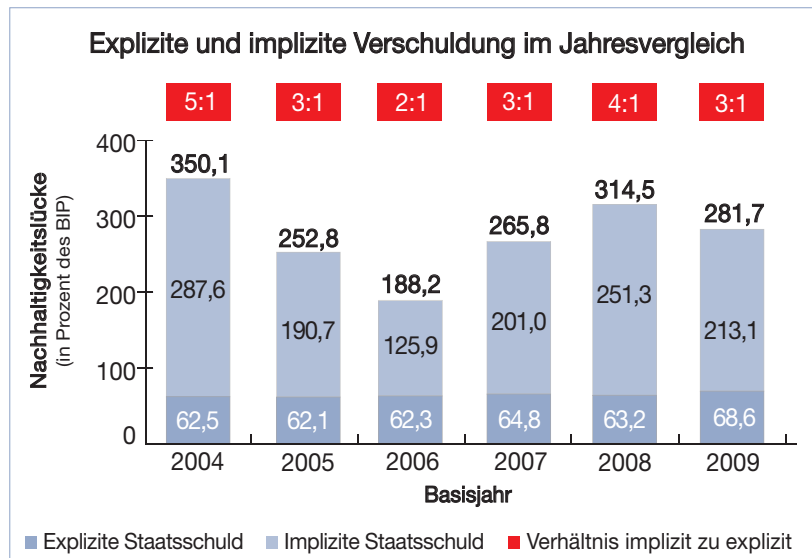
dehnte praktische Erfahrung in der Politikberatung. Zuletzt wurden insbesondere Wielands Forschungsarbeiten zur Wirkung staatlicher Konjunkturpakete und Zentralbankenpolitik in der Finanzkrise in der nationalen und internationalen Presse diskutiert. „Volker Wieland ist eine ideale Ergänzung für den Kronberger Kreis. Wir freuen uns auf spannende Diskussionen und eine produktive Zusammenarbeit“, so Feld. Wieland selbst: „Ich freue mich darauf, in dem angesehenen Kronberger Kreis mit den Kollegen marktwirtschaftliche Politikempfehlungen mit dem Ziel, die freiheitliche Wirtschaftsordnung Deutschlands und Europas weiterzuentwickeln, zu erarbeiten und zu kommunizieren.“

Generationenbilanz Update 2011

Pressegespräch gibt Antwort auf die Frage nach dem Ehrbaren Staat

Nachdem die Wirtschaftskrise überwunden ist und die deutsche Konjunktur wieder auf Hochtouren läuft, gilt es nun, die Situation der öffentlichen Haushalte verstärkt in den Blick zu nehmen und die bestehenden Defizite zurückzuführen. Nicht zuletzt die bedrohliche Entwicklung in einigen europäischen Ländern zeigt, dass die Wirtschaftskrise im Bereich der öffentlichen Finanzen besonders deutliche Spuren hinterlassen hat. Doch wie sieht die Situation der öffentlichen Finanzen in Deutschland tatsächlich aus? Eine Antwort auf diese Frage gibt das aktuelle Update der Generationenbilanz für Deutschland, das die Stiftung Marktwirtschaft im Frühjahr 2011 im Rahmen eines Pressegesprächs mit Vorstandsmitglied Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen in Berlin vorgestellt hat. Das Besondere der Generationenbilanz ist, dass sie nicht nur die schon heute sichtbare, explizite Staatsverschuldung berücksichtigt, sondern auch die impliziten, heute noch unsichtbaren Schulden erfasst, die aus ungedeckten langfristigen Leistungsversprechen des Staates resultieren. Anstatt sich nur auf die in der Vergangenheit aufgelaufenen Schulden und das aktuelle Haushaltsdefizit zu beschränken, bezieht die Generationenbilanz damit auch die zukünftige Entwicklung der öffentlichen Haushalte und insbesondere den Einfluss der demographischen Entwicklung in die Analyse ein.

Die in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Generationenverträge der Universität Freiburg entstandenen Berechnungen zeigen leichte Verbesserungen bei den öffentlichen Haushalten. Positiv zu werten ist, dass die Fiskalpolitik den expansiven Krisenmodus verlassen und ansatzweise auf einen Konsolidierungskurs eingeschwenkt ist. Immerhin konnte die Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Schulden im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 314,5% auf 281,7% des BIP gesenkt werden. Sie beläuft sich damit auf etwa 6,75 Billionen Euro. Die Reduktion der Nachhaltigkeitslücke entfällt dabei allein auf die implizite Verschuldung, die mit 213% des BIP auch den deutlich größeren Teil der Gesamtschuld ausmacht und die erneut gestiegene explizite Verschuldung um etwa das Dreifache übersteigt (vgl. Abbildung). Noch nicht überzeugen kann hingegen die Intensität des Konsolidierungskurses. Bisher beruht die verbesserte Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen vor allem auf höheren staatlichen Einnahmen. Allein mit dieser Strategie wird sich die nach wie vor erhebliche Nachhaltigkeitslücke jedoch kaum schließen lassen. Das gilt insbesondere dann, wenn – wie derzeit in der Pflegeversicherung – trotz bereits erkennbarer Finanzierungslücken über weitere Leistungsausweitungen nachgedacht wird, wo stattdessen eine Begrenzung der staatlichen Ausgaben insgesamt erforderlich ist.



Handelsblatt

Handelsblatt vom 25. Mai 2011

Risikofall Pflegeversicherung

„Es ist die Lieblingsbeschäftigung von Bernd Raffelhüschen,“ so Peter Thelen vom Handelsblatt: „Jedes Jahr stellt der Freiburger Finanzwissenschaftler gemeinsam mit der Stiftung Marktwirtschaft seine Generationenbilanz vor.“

Deren Nachhaltigkeitslücke sei erstmals seit 2006 gesunken – und zwar deutlich von 314,5 % des BIP auf 281,7 %. „Grund zum Jubeln gebe es dennoch nicht,“ zitiert er Raffelhüschen, denn geschrumpft sei nur die implizite Verschuldung. „Bei der Pflegeversicherung aber tickt eine Bombe.“ Der Vorschlag von Raffelhüschen mit einem Karenzjahr „kommt gerade recht für den neuen Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP).“

Frankfurter Allgemeine

F.A.Z. vom 25. Mai 2011

Für Karenzzeit in der Pflegeversicherung

Der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung muss um rund 3 Prozentpunkte erhöht werden [...], zeigen Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge. Laut Bernd Raffelhüschen werden die unsichtbaren Staatsschulden rapide ansteigen, würde man die Empfehlung des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs übernehmen. „Der Anstieg wäre eineinhalb mal so groß wie die Zunahme infolge der Bankenkrise. Deshalb schlägt der Finanzwissenschaftler eine Karenzzeit für die Pflegeversicherung vor.“

web

Die Pressemitteilung und den Tagungsbericht (siehe Bericht S. 5) finden Sie auf unserer Homepage: www.ehrbarer-staat.de.

Die Pflegeversicherung als Pflegefall

Tagung zur anstehenden Reform der Sozialen Pflegeversicherung

Die Bundesregierung hat 2011 als „Jahr der Pflege“ ausgerufen. Und das zu Recht, denn eine langfristig ausgerichtete Reform ist angesichts der immensen, vor allem durch demographische Verschiebungen hervorgerufenen Herausforderungen im Pflegebereich überfällig. Nach Schätzungen der OECD wird sich der Anteil der über 80-Jährigen bis zum Jahr 2050 von heute rund 5% der Bevölkerung auf fast 15% erhöhen. Parallel dazu wird sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in den kommenden vier Jahrzehnten auf ca. 4,4 Millionen verdoppeln. Angesichts dieser Herausforderungen hat die Stiftung Marktwirtschaft den Reformbedarf der Pflegeversicherung sowie mögliche Reformoptionen im Rahmen einer Fachtagung im Berliner Reichstagsgebäude am 24. Mai 2011 unter die Lupe genommen. Renommierte Wissenschaftler und ausgewiesene Fachpolitiker diskutierten teils kontrovers über die notwendigen Veränderungen der Pflegeversicherung.

In seiner Einführung erinnerte Stiftungsvorstand Prof. Dr. Michael Eilfort daran, dass sich fast alle Regierungskoalitionen der vergangenen 13 Jahre – beginnend mit Rot-Grün 1998 – in ihren Koalitionsverträgen für eine Teilkapitaldeckung in der Sozialen Pflegeversicherung ausgesprochen haben. Vorangekommen sei man hingegen nicht. Annette Widmann-Mauz MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, bestätigte das Ziel einer Teilkapitaldeckung, verwies zugleich aber darauf, dass die Politik – anders als Wissenschaftler – die Pflegeversicherung nicht auf einem weißen Blatt Papier konstruieren könne, sondern auf bestehende Gegebenheiten Rücksicht nehmen müsse. Neben einer generationengerechteren Finanzierung wolle die Bundesregierung vor allem die Versorgungsstrukturen besser auf die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen abstimmen. Nicht zuletzt müsse man auch den Pflegesektor als Berufsfeld attraktiver machen.

DIE WELT

Die Welt vom 26. Mai 2011
Pflegeversicherung – Koalition verschiebt Reform auf 2012
 „Die Pflegeversicherung wird am 1. April oder am 1. Juli 2012 in Kraft treten“, sagte der CDU-Gesundheitspolitiker Jens Spahn auf einer Veranstaltung der Stiftung Marktwirtschaft. „Laut Philipp Neumann von der Welt gäbe es unübersehbare Differenzen in der Koalition über die Finanzierung der Reform. So kündigte Spahn eine „Beitragserhöhung im niedrigen Bereich“ an, um bessere Leistungen für Demenzzranke finanzieren zu können. In der Union sei dies inzwischen Konsens.“

Von wissenschaftlicher Seite bestand Einigkeit über den steigenden Finanzierungsbedarf. Unterschiede wurden hingegen bei den empfohlenen Lösungswegen deutlich. Während Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, für eine Karenzzeit in Verbindung mit einer obligatorischen Teilkapitaldeckung plädierte, um eine Explosion der Beitragssätze zu vermeiden, zeigte sich Prof. Dr. Heinz Rothgang (Universität Bremen) von den Vorteilen einer Kapitaldeckung nicht überzeugt. Er fürchtete, dass eine Karenzzeit zu schlechteren Pflegeverläufen führen könnte. Wichtiger sei statt dessen eine Verbreiterung der Beitragsbemessungsgrundlage im Sinne einer alle Einkommensarten erfassenden Bürgerversicherung.

Erwartet kontrovers verlief die politische Diskussion zwischen den gesundheits- und pflegepolitischen Fachpolitikern, Jens Spahn MdB (CDU/CSU), Heinz Lanfermann MdB (FDP), Hilde Mattheis MdB (SPD) und Elisabeth Scharfenberg MdB (Bündnis 90/Die Grünen). Zwar wünschten sich alle Diskutanten verbesserte Pflegeleistungen. Unterschiede wurden jedoch bei der Finanzierung und den noch als akzeptabel angesehenen Beitragserhöhungen deutlich.



Gerhard Schröder (Moderation) mit Prof. Dr. Michael Eilfort, Hilde Mattheis MdB, Heinz Lanfermann MdB, Annette Widmann-Mauz MdB, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Elisabeth Scharfenberg MdB, Prof. Dr. Heinz Rothgang und Jens Spahn MdB (v.l.).

Jahrestreffen der Stiftung in Kronberg

Diskussion mit Ministerpräsident Stefan Mappus



In diesem Jahr begrüßt der Stiftungsratsvorsitzende Prof. Dr. Theo Siegert die Freunde und Förderer der Stiftung Marktwirtschaft zur Frühjahrssitzung in der Bibliothek des Schlosshotels Kronberg. „Freiheit, Wettbewerb und Verantwortung“ – in diesen drei Themen vereinten sich die Befürworter der Marktwirtschaft, beginnt Siegert und erinnert daran, dass die Stiftung Marktwirtschaft für Ordnungspolitik und nicht für staatliche Regulierung steht.

Der Vorstand der Stiftung, Prof. Dr. Michael Eilfort, beobachtet indessen im politischen Zentrum Berlins zu wenig langen Atem und erkennbare Ausrichtung in den Überzeugungen. Dennoch sieht Eilfort hoffnungsvolle Signale insbesondere bei den jungen Abgeordneten. „Wir ermutigen alle, die in unserem Sinne vorangehen wollen sowie Freiheit und Wettbewerb stärken möchten,“ informiert Eilfort und versichert: „Die Stiftung Marktwirtschaft liefert dafür auch weiterhin konkrete Konzepte statt Sonntagsreden.“ Sein Vorstandskollege, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, bestätigt den ununterbrochenen Einsatz v.a. bei der Schuldenpolitik.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch der vor kurzem von der Bundesregierung berufene „Wirtschaftsweise“ Prof.

Dr. Lars Feld als neuer Sprecher des Kronberger Kreises vorgestellt. Seit 2008 gehört er dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft an und hat zum Jahresanfang von Prof. Dr. Johann Eekhoff die Aufgabe des Sprechers für den Wissenschaftlerzirkel übernommen. Feld, der eine Professur für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg inne hat und dem auch die Leitung des Walter Eucken Instituts obliegt, verweist in seinem Vortrag auf die jüngste Studie des Kronberger Kreises, die sich mit der Problematik der Staatsverschuldung befasst: „Öffentliche Finanzen dauerhaft sanieren“. Mit der darin vorgeschlagenen Insolvenzordnung für die Euro-Mitgliedsländer könnte der zunehmenden Staatsverschuldung und in der Folge bedrohlichen Haushaltslage entgegengewirkt werden. „Eine Neuordnung der europäischen Finanzen,“ erklärt Feld, „muss über eine klar definierte Beteiligung privater Gläubiger erfolgen, um den Marktteilnehmern dauerhaft vernünftige Anreize zu geben.“ Derzeit erfolge die Feststellung der fehlenden Solvabilität eines Landes jedoch politisch durch die Finanzminister bzw. Staatschefs und nicht durch objektivierbare Kriterien. „Dies ist ein Glaubwürdigkeitsproblem,“ so Feld.

Der Vorsitzende des Kuratoriums, Prof. Dr. h.c. mult. Nikolaus Schweickart, begrüßt anschließend den damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus. In einer regen Aussprache analysiert Mappus das sich verändernde Politikverständnis und kommt zu dem Ergebnis, dass der Sinn für ordnungspolitische Werte schwindet: Klare Entscheidungen seien heute schwieriger an die Bevölkerung heranzutragen. „Viel einfacher ist es, die Menschen im Ungewissen zu lassen.“ Dabei weist er auf die unzweifelhaften Vorteile der Marktwirtschaft, wie z.B. die soziale Durchlässigkeit in Deutschland, hin, mit deren Hilfe auch er sich aus einer einfachen Arbeiterfamilie bis in das Amt des Ministerpräsidenten hoch arbeiten konnte. Dies sei ein wesentlicher Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft, für die er sich auch in Zukunft, in welchem Amt auch immer, einsetzen werde.



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Prof. Dr. Theo Siegert, Stefan Mappus MdL, Prof. Dr. h.c. mult. Nikolaus Schweickart, Prof. Dr. Lars P. Feld, Dr. Rainer Hildmann, Prof. Dr. Michael Eilfort (v.l.).

Netzausbau: Herausforderung und Chance

Tagung mit Ministerpräsident David McAllister zur modernen Energiepolitik

Die von der schwarz-gelben Koalition beschlossene Energiewende beinhaltet den Ausstieg aus der Kernenergie und die Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien an der Energieerzeugung. Dafür reicht es jedoch nicht, die Erzeugungskapazitäten der Erneuerbaren Energien auszubauen. Auch der Investitionsbedarf in das Energienetz ist immens. Doch wer trägt die Kosten des Netzausbaus? Und wie können die marktwirtschaftlichen Prinzipien Planungssicherheit, Wettbewerb und Transparenz gesichert werden? Die Stiftung Marktwirtschaft widmete sich dem Thema „Netzausbau – Chance und Herausforderung einer modernen Energiepolitik“ in einer Kooperationsveranstaltung mit der Niedersächsischen Landesregierung am 9. Juni 2011. Das an die Nordsee angrenzende Land beschäftigte sich früh mit der Förderung von Windenergie und Biomasse. Auch vom Netzausbau ist es aufgrund seiner geographischen Lage vergleichsweise stark betroffen.

Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister hielt ein Plädoyer für die Erdverkabelung, die gut geeignet sei, die Akzeptanz für den Netzausbau bei den Bürgern zu erhöhen. Dagegen wandte sich McAllister gegen die Zentralisierung der Planungs- und Genehmigungskompetenzen auf Bundesebene und warb für seinen Kompromissvorschlag, die Zuständigkeit für Raumordnungsverfahren auf den Bund zu übertragen und die Zuständigkeit für Planfeststellungsverfahren bei den Ländern zu belassen. Wichtiger als die Frage der Zuständigkeiten sei jedoch die Beschleunigung der Verfahren bei gleichzeitiger Verbesserung der Bürgerbeteiligung – ein zugegebenermaßen schwieriges Unterfangen: „Doch Niedersachsen ist an einer konstruktiven Lösung der Probleme interessiert.“

Der Vorsitzende der Monopolkommission, Prof. Dr. Justus Haucap von der Universität Düsseldorf, bezeichnete die derzeitige Energiepolitik provokant als „Planwirtschaft“ und stellte als Alternative zum massiven Netzausbau ein Konzept der handelbaren Zertifikate für „grünen Strom“ vor. Dies wäre eine echte Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und würde eine „Einführung von Markt und Wettbewerb auch bei den Erneuerbaren Energien“ bedeuten.

Michael Bauchmüller (Süddeutsche Zeitung) moderierte die engagierte Diskussionsrunde souverän. Jochen Homann, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, legte dar, warum er die Kompetenzverlagerung auf die Bundesebene als probates Instrument für die Beschleunigung des Netzausbaus ansieht. Hans-Heinrich Sander, niedersächsischer Minister für Umwelt und Klimaschutz, hielt dagegen, dass die Landesbehörden bessere Kenntnisse über die Verhältnisse vor Ort besäßen. Martin Fuchs, Vorsitzender der Geschäftsführung von TenneT, berichtete aus Sicht eines Netzbetreibers über bürokratische und technische Ausbauehemmnisse. Dr. Peter Ahmels, Leiter des Bereichs Erneuerbare Energien bei der Deutschen Umwelthilfe e.V., warb dafür, die Transparenz in der Diskussion zu erhöhen und die Bürger verstärkt zu beteiligen. Nach dem Ende der Podiumsdiskussion wurde im Garten der Landesvertretung weiter angeregt diskutiert.

web

Den Tagungsbericht zu der Veranstaltung finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de.



Prof. Dr. Michael Eilfort, Dr. Peter Ahmels, Martin Fuchs, Dr. Martina Krogmann, Ministerpräsident David McAllister, Minister Hans-Heinrich Sander, Staatssekretär Jochen Homann, Prof. Dr. Justus Haucap und Michael Bauchmüller (v.l.).

Bad Bank
Jean-Claude
Trichet



© EZB

Als tagespolitikferne Institution, Schutz vor Inflation und Stimme ökonomischer Vernunft könnte die Europäische Zentralbank Geschichte sein. Wie sich jetzt andeutet, wiegt im Hinblick auf die Geldpolitik des Hauses die Nationalität des Präsidenten wohl schwerer als der Sitz und vermeintlich prinzipienfester genius loci. Der Neubau, der gerade in Frankfurt entsteht, dient womöglich nur noch der Unterbringung der Gelddruckerei. Der Kauf von weiteren Staatsanleihen im Ramsch-Randbereich ist eine Fortsetzung der ersten Sündenfälle. Die Ankündigung eines zweifelhaften Ministerpräsidenten, in Zukunft wirklich Reformen anzugehen, genügt als Garantie, um über die Aufgabe stabilisierender Geldpolitik hinaus für überschuldete EU-Staaten Fiskalpolitik zu betreiben. Adieu oder vielmehr: Addio, indipendenza e credibilità! Übrigens: Kaum waren jüngst die Italo-Anleihen im EZB-Safe, reduzierte Italien seine Reformambitionen...

Sparfuchs
Andrus
Ansip



© NATO

Die Schuldenkrise in der EU treibt jeden Tag neue Blüten, in Estland dagegen wird ganz unaufgeregt und planmäßig der Euro eingeführt. Premierminister Andrus Ansip hat seinen Landsleuten mit umfangreichen Kürzungen im Bereich Soziales und bei den Beamtengehältern, aber auch mit Erleichterungen beim Kündigungsschutz einiges zugemutet, damit aber sogar eine Parlamentswahl gewonnen. Es geht also, wenn man Politik erklärt. Mit einer offiziellen Staatsschuld von nunmehr 7,2 Prozent des BIP und der Einhaltung aller Konvergenzkriterien (Sie erinnern sich?) steht das baltische Land als Vorbild da.

Ernstfall
Klaus Ernst
MdB



© Aris

Parteifreund Maurer attestierte ihm eine „schwere narzisstische Störung“, dabei hatte der Genosse Ernst gerade selbstlos und fidel dem Genossen Castro zu den „Errungenschaften des sozialistischen Kuba mit seiner Beispielwirkung für so viele Völker der Welt“ gratuliert. Komisch, das mit dem „Reichtum für alle“ – Linke-Slogan zur Wahl 2009 – hat dort aber so wenig geklappt wie vor 1989 jenseits des „antiimperialistischen Schutzwalls“. Schön, dass wenigstens Klaus Ernst seinen Sozialismus schon verwirklicht hat: Parteivorsitzzulage zusätzlich zur Bundestagsdiät, ein Volkswagen (Unterabteilung Porsche) und eine Volkshütte in den Alpen, die so bescheiden ausfällt, dass man sie im Fernsehen lieber vor dem Bürger versteckt – gepflegte Armut eben.

Zeitgeist
Frank
Schirmacher



Wenn ein wenig Wind von vorn bläst, fallen manche schneller um, als man lesen kann. Frank Schirmacher beginnt „zu glauben, dass die Linke recht hat“. Er erkannte: Die bösen Märkte sind es gewesen – nicht jahrzehntelange Schuldenpolitik, nicht das Ausbremsen von Korrekturfunktionen der Märkte, nicht das politische Überfahren aller Warnsignale, nicht überhöhte Ansprüche der Bürger. Aha! Jahrzehntlang werden marktwirtschaftliche Prinzipien ignoriert (Haftung, Transparenz, Wettbewerb), sobald sie unangenehm sind – und jetzt soll die Marktwirtschaft an allem schuld sein? Schirmacher gibt sich als Beleg her für eine verkürzte wie schlichte Kapitalismuskritik. Nicht nur auf den Finanzmärkten ist manches korrekturbedürftig, deswegen sollte aber das ansehnlichste Kind des Kapitalismus, die Soziale Marktwirtschaft, nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. Wir empfehlen ein Praktikum in der FAZ-Wirtschaftsredaktion!

IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft • V.i.S.d.P.: Dr. Susanna Hübner
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin • www.stiftung-marktwirtschaft.de
ISSN: 1612-9725